

Eckpunkte einer gerechten Haushaltspolitik. Für alle Generationen.

Auf einen Blick:

- Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ist nicht mehr zeitgemäß. Die derzeit starren Regeln sind ein Wohlstandsrisiko für jetzige und kommende Generationen, indem sie nicht genügend Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen ermöglichen.
- Mit einer Reform der Schuldenregeln wollen wir neue Leitplanken für eine moderne zukunftsorientierte Haushaltsführung im Grundgesetz verankern.
- Wir wollen den Impuls des Bundesparteitages der SPD vom Dezember 2023 aufgreifen und darauf aufbauend einen Prozess starten, um Eckpunkte für einen neuen haushaltspolitischen Zukunftsdeal für unser Land zu erarbeiten.
- Ziel ist es, eine verantwortliche Haushaltsführung in der Gegenwart mit einer generationenübergreifenden solidarischen Finanzierung der großer Zukunftsaufgaben zu verbinden.

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine werden noch lange spürbar sein. Neben der humanitären, militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine war und ist die Abfederung der gestiegenen Energiepreise ebenso richtig wie die Aufnahme und Versorgung der aus der Ukraine geflohenen Menschen. Der durch den barbarischen Überfall der Hamas auf Israel entbrannte Krieg in Gaza schafft neue humanitäre, wirtschaftliche, innen- sowie geopolitische Herausforderungen, dessen Dimension und Folgen bisher nicht vollständig abzusehen sind. Hinzu kommt die Notwendigkeit der digitalen und industriellen Transformation, der verstärkte Einsatz für den Klimaschutz, die dringend notwendige Stärkung und Modernisierung unseres Bildungssystems, der Ausbau einer zukunftsgerichteten Infrastruktur und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben zum Wohle der Beschäftigten in einer sich zeitgleich wandelnden Welt.

Zuletzt auf dem Bundesparteitag im Dezember 2023 hat die SPD klar gemacht, dass die Sozialdemokratie diese Herausforderungen als Generationenaufgaben begreift. Für uns ist klar: Generationengerechtigkeit darauf zu reduzieren, nachfolgenden Generationen keine Schulden zu hinterlassen, greift deutlich zu kurz. Generationensolidarität ist für uns eine Frage der Verteilungs- und Chancengerechtigkeit.

Vor über 14 Jahren wurde die derzeit gültige Schuldenbremse im Grundgesetz verankert. Das Bundesverfassungsgericht hat sich im Rahmen des Urteils vom 15. November 2023 zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2021 erstmalig damit befasst, wie die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse anzuwenden und auszulegen ist. Insbesondere hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass

Notlagenkredite einer strikten Jährlichkeit, Jährigkeit und Fälligkeit unterliegen. Das heißt konkret: Eine Übertragung von Notkrediten auf folgende Haushaltsjahre ist nicht rechtskonform. Kredite für außergewöhnliche Notlagen müssen nunmehr im selben Jahr des Beschlusses und der Kreditaufnahme in Anspruch genommen werden. Überjährige Maßnahmen zur Krisenbewältigung müssten entweder jährlich wieder Gegenstand eines neuen „Notlagenbeschlusses“ werden oder in Folgejahren durch Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt gegenfinanziert werden. Dies könnte in der Praxis zu einem erheblichen „Krisennachspareffekt“ führen. Das Urteil hat damit nicht nur weitreichende Auswirkungen auf die aktuelle und künftige Regierungsarbeit. Es hat auch zu einer großen öffentlichen Debatte über seine Auswirkungen und den Reformbedarf der Schuldenbremse geführt.

Vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen unserer Zeit und der Generationenaufgaben, die vor uns liegen, halten wir fest: Schulden sind nicht per se gut, sie sind aber vor allem nicht per se schlecht. Sie müssen so eingesetzt werden, dass sie volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Wir orientieren uns dabei an den vielen Erkenntnissen und Empfehlungen deutscher und internationaler Ökonom:innen. Auch ein Privathaushalt tut gut daran, eine langfristige Investition wie z.B. eine Immobilie mit einem Kredit zu finanzieren. Für eine Volkswirtschaft kann der Verzicht auf kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen langfristig verheerend sein.

Als SPD-Bundestagsfraktion stellen wir klar: Die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form ist nicht mehr zeitgemäß. Die derzeit starren Regeln sind ein Wohlstandsrisiko für jetzige und kommende Generationen, indem sie nicht genügend Spielräume für starke Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Dabei sind vor allem Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes unabdingbar. Zeitgleich haben wir Sorge dafür zu tragen, dass unser Sozialstaat nicht unter diesen Investitionsnotwendigkeiten leidet – im Gegenteil: In Zeiten wie diesen braucht es einen starken Staat, der für die Gesellschaft da ist und Sicherheit bietet, Vertrauen schafft sowie sozialen Zusammenhalt fördert. Das ist die Position der SPD-Bundestagsfraktion!

Mit einer Reform der Schuldenregeln wollen wir neue Leitplanken für eine moderne zukunftsorientierte Haushaltsführung im Grundgesetz verankern:

Als Leitplanken einer modernen Haushaltsführung gilt für uns zum einen, dass heute anfallenden Aufgaben weder zu Lasten zukünftiger Generationen verschoben, noch zu ihren Lasten finanziert werden dürfen. An diesem Prinzip halten wir fest. Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik trägt dafür Sorge, die Übertragung von finanziellen Altlasten an nachfolgende Generationen zu vermeiden. Auf der anderen Seite ist jedoch für uns ebenso klar: Investitionen zum Wohle vor allem auch zukünftiger Generationen können hingegen sehr wohl zu einem erheblichen Anteil auch sinnvoll über Kredite finanziert werden. Die Bedienung eben dieser Kredite erstreckt sich über die von den Investitionen profitierenden Generationen. Die Finanzierungslast liegt somit nicht alleine auf der heutigen Generation, sondern wird über die Zeit gestreckt und gerecht unter den von den Zukunftsinvestitionen profitierenden Generationen verteilt.

Unter Maßgabe dieser Leitplanken werden wir einen Prozess starten, um Eckpunkte für einen neuen haushaltspolitischen Zukunftsdeal für unser Land zu entwickeln. Ziel ist es dabei, eine verantwortliche Haushaltsführung in der Gegenwart mit einer generationenübergreifenden solidarischen Finanzierung der großen Zukunftsaufgaben zu verbinden. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit: Die heutige Generation begrenzt ihre laufenden Ausgaben auf das, was an Einnahmen erwirtschaftet wird und sorgt mit Zukunftsinvestitionen dafür, dass nachfolgende Generationen ein modernes Land in Wohlstand erben. Die nachfolgenden Generationen beteiligen sich an den Modernisierungsinvestitionen über die Rückzahlung der Kredite in fairer Art und Weise.

Weitere Verfahrensschritte: Einsetzung einer Steuerungsgruppe durch den geschäftsführenden Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion, Erarbeitung von Eckpunkten für einen haushaltspolitischen Zukunftsdeal unter Berücksichtigung insbesondere der folgenden Themenfelder:

- Betrachtung der ökonomischen Rahmenbedingungen und Investitionsbedarfe der kommenden Jahre und Jahrzehnte
- Erörterung der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts
- Vergleichende Betrachtung rechtlicher Rahmenbedingungen in anderen Ländern
- Berücksichtigung des aktuellen Reformstands zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und dessen Bezüge zur Debatte über die Schuldenregeln in Deutschland
- Konkretisierung der genannten Leitplanken unter Einbezug aktuell diskutierter Modelle zur Reform der Schuldenregeln
- Einbeziehung externer Expertise u.a. aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Wirtschaft in den Prozess

Wir begrüßen Impulse des Bundesparteitags, mögliche Verfassungsänderungen parteiübergreifend zu debattieren.